

Drucksache:
0237/2017/IV

Datum:
19.12.2017

Federführung:
Dezernat II, Amt für Verkehrsmanagement

Beteiligung:

Betreff:

**Neugliederung des ruhenden Verkehrs in der
Landfriedstraße**

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 13. März 2018

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Bezirksbeirat Altstadt	20.02.2018	Ö	() ja () nein () ohne	
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	07.03.2018	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Bezirksbeirat der Altstadt und der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss nehmen die Informationen zur Neugliederung der Parkplätze in der Landfriedstraße zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
keine	
Einnahmen:	
keine	
Finanzierung:	
keine	

Zusammenfassung der Begründung:

Die Landfriedstraße ist eine der Haupttrouten der Grundschüler der Friedrich-Ebert-Schule. Sie ist ausgewiesene Fußgängerzone. In dieser Straße wird beidseitig auf den baulichen Gehwegen geparkt. Um die Benutzung der Gehwege und die Sichtbeziehungen zu verbessern, wird die Parksituation neu gegliedert. Dies ist eine Maßnahme, die der Verkehrssicherheit von Fußgängern, insbesondere der Kinder, dient.

Sitzung des Bezirksbeirates Altstadt vom 20.02.2018

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Bezirksbeirates Altstadt vom 20.02.2018

3 Neugliederung des ruhenden Verkehrs in der Landfriedstraße Informationsvorlage 0237/2017/IV

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Herzog, stellvertretender Leiter des Amtes für Verkehrsmanagement, anwesend und steht für Fragen seitens des Gremiums zur Verfügung.

Es melden sich zu Wort:

Bezirksbeirat Dr. Hug, Bezirksbeirat Bartholomé, Bezirksbeirat Guntermann, Bezirksbeirätin Funke, Bezirksbeirat Wendling, Bezirksbeirat Seidel, die Kinderbeauftragten Lasser und Möller sowie Frau Dr. Werner-Jensen, Vorsitzende des Vereins Alt-Heidelberg

Folgende wesentliche Argumente und Fragen werden vorgetragen:

- Eine so große Anzahl an Stellplätzen (32) wegfällen zu lassen, ohne die Anwohner / Bürgerschaft zu beteiligen, sei nicht in Ordnung. Eigentlich müsste die Vorlage noch einmal an die Verwaltung zurückgegeben werden, um die Bürgerschaft einzubinden und dann erneut über das Ergebnis zu berichten.
- Es müsste unbedingt geklärt werden, ob die wegfallenden Stellplätze Anwohnerparkplätze seien beziehungsweise ob eine gewisse Zahl an Ersatzparkplätzen gefunden werden könnte.
- Trotz der parkenden Autos sei immer noch genügend Platz für Fußgänger auf dem Gehweg. Auch hinsichtlich des Durchkommens großer Fahrzeuge (Müllabfuhr, Feuerwehr) habe es noch keine Probleme gegeben. Es sei daher nicht nachvollziehbar, warum das Gehwegparken unterbunden werden soll.
- Die Sicherheit der Fußgänger – vor allem der (Schul-)Kinder – sei in den letzten Jahren immer mehr in den Vordergrund gerückt und sei wichtiger als das Thema Parken. Die Maßnahme Sorge dafür, dass die Sicherheit der Fußgänger weiter verbessert werde.
- Die Landfriedstraße sei eine Straße, die bisher von Autos dominiert werde. Beide Seiten seien immer zugeparkt und als Fußgänger habe man es schwer.
- Die Landfriedstraße sei auch im Kinderwegeplan enthalten und somit eine wichtige Verbindungsstraße für Schulkinder.
- Vielleicht könne man mit der Maßnahme auch Falschparker dauerhaft „vertreiben“.
- Die Altstadt sei nicht für Autos gebaut worden. Es sei gut, dass an dieser Stelle die Autos „verbannt“ werden sollen.
- Überall würden immer nur Parkplätze weggenommen, aber keine geschaffen. Es würde zunehmend schwieriger für Anwohner, Parkplätze zu finden.
- Mit dem Wegfall von Stellplätzen würde auch der „Parksuchverkehr“ geschürt. Auswärtige würden dann mehrmals „um den Block“ fahren um einen Parkplatz zu finden.

- Mithilfe von Pollern und / oder Kontrollen müsse darauf geachtet werden, dass nicht unerlaubt geparkt werde.
- Es wird befürchtet, wenn nur noch auf der Südseite geparkt werden dürfe, die Sichtverbindung besser sei und dadurch auch schneller gefahren werde. Dies müsse unbedingt verhindert werden.
- Man sollte sich in der Landfriedstraße an den aufgebrachten Markierungen / Piktogrammen in der Karl-Ludwig-Straße orientieren.
- Es habe mal die Überlegung gegeben, die Tiefgarage am Friedrich-Ebert-Platz nachts für die Anwohner zur Verfügung zu stellen. Was sei daraus geworden?

Herr Herzog erklärt anschließend, die Neugliederung der Landfriedstraße erfolge nicht wegen der aktuell schlechten Durchfahrbarkeit oder einer zu geringen Breite der Straße. Wie bereits in der Vorlage ausgeführt, sei der Grund für die Neugestaltung das Ergebnis des Sicherheitsaudits und die erforderliche Freihaltung zumindest eines der baulichen Gehwege. Die Straße sei eine der Hauptachsen des Schulweges der Schulkinder in der Altstadt. Durch das derzeit beidseitige Gehwegparken müssten Kinder und Fußgänger häufig auf die Fahrbahn ausweichen. Dies könne zu gefährlichen Situationen führen, was unbedingt vermieden werden müsse. Mit der Freihaltung eines Gehweges von parkenden Fahrzeugen reiche die Durchfahrtsbreite nicht mehr für beidseitiges Parken aus.

Weiter führt er aus, die betroffenen Parkplätze seien Bewohnerparkplätze, die von Personen mit dem Bewohnerparkausweis A1 genutzt würden. Der Bereich A1 decke jedoch nicht nur die Landfriedstraße, sondern den ganzen vorderen Bereich der Altstadt ab. Die Problematik der Stellplätze sei ihm durchaus bewusst – hier gehe es aber vorrangig um die Verkehrssicherheit der Schulkinder. Sollte es wie befürchtet dazu kommen, dass aufgrund der besseren Sichtbeziehung schneller gefahren werde, müsste in diesem Bereich verstärkt kontrolliert werden.

Zum Thema „Parksuchverkehr“ sagt er, dies sei eng mit den anderen Problematiken verzahnt. Beispielsweise wolle die Stadt mit dem derzeit in Vorbereitung befindlichen Verkehrslenkungs- und –beruhigungskonzept für die Altstadt vermeiden, dass nicht Berechtigte in die Altstadt einfahren und damit zum einen Parksuchverkehr verursachen und zum anderen den Bewohnern die verbleibenden Parkplätze wegnehmen.

Was Ersatzparkplätze angehe, erläutert er, sei es schwierig, diese in der Altstadt zu schaffen. Dennoch habe man sich Gedanken darüber gemacht: Man wolle die Parkplätze in der sogenannten „Fehser-Allee“ (aktuell tagsüber Bewirtschaftung mit Parkschein, danach freies Parken) abends als Anwohnerparkplätze ausweisen.

Bezüglich der Nutzung der Tiefgarage am Friedrich-Ebert-Platz informiert er, die Möglichkeit, das Nachtparken für Bewohner auszuweiten, werde derzeit im Rahmen des Sicherheitsaudits eruiert.

Nach dem regen Austausch möchte der Vorsitzende Herr Schmidt ein **Meinungsbild** darüber einholen, wer zum jetzigen Zeitpunkt mit der Neugliederung in der Landfriedstraße einverstanden wäre. Hierzu bittet er um Handzeichen.

Ergebnis: 6 Mitglieder sprechen sich dafür aus, 2 dagegen und 2 enthalten sich.

gezeichnet
Hans Joachim Schmidt
Vorsitzender

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 07.03.2018

Ergebnis: Kenntnis genommen

Begründung:

1. IST-Zustand Landfriedstraße

Bei der Begehung der Altstadt im Rahmen des Sicherheitsaudits wurde die Landfriedstraße analysiert. An der Ortsbegehung nahmen unter anderem die Schulleitungen der Friedrich-Ebert-Schule und der Theodor-Heuss-Realschule, Elternvertreter und Kinderbeauftragte teil. Befragungen der Eltern der Friedrich-Ebert-Schule haben ergeben, dass die Landfriedstraße - neben der Hauptstraße - eine der Hauptachsen des Schulweges der Schulkinder in der Altstadt, sowie ein Durchgang zum Theater und Anna-Blum-Spielplatz ist. Die Befragung an der Friedrich-Ebert-Schule hat auch ergeben, dass nur 3% der Schülerinnen und Schüler der Friedrich-Ebert-Schule mit dem Auto zur Schule gebracht werden.

Durch die Baustelle in der Theaterstraße wird aktuell zudem weiterer Fußgänger-/Schülerverkehr in die Landfriedstraße verlagert. Diese ist als Fußgängerzone ausgewiesen. Am Westende ist die Einfahrt in die Landfriedstraße verboten. Grundsätzlich besteht kein Halteverbot. Alte meist verblasste Markierungen erlauben beidseitig das halbseitige Gehwegparken auf den meisten Abschnitten der Gehwege. Es handelt sich zwar um eine Fußgängerzone, aber der bauliche Charakter der Straße erweckt nicht diesen Eindruck. Das Ingenieurbüro „bueffee“ kam im Rahmen des Sicherheitsaudits zu dem Schluss, dass Bau und Betrieb in der Landfriedstraße keine Einheit bilden. Bei der Ortsbegehung wurde festgestellt, dass die Breite der Gehwege auf Grund von beidseitigem Gehwegparken zu gering für die Benutzung ist. Die Gehwege sind jeweils 1,5 Meter breit, werden jedoch durch das Parken auf diesem auf bis zu 0,20 Meter reduziert. Deshalb müssen Kinder und Fußgänger häufig auf die Fahrbahn ausweichen. Auf Grund dessen kann es zu gefährlichen Situationen für Fußgänger und vor allem Kinder kommen.

Die Fahrbahn ist 6 Meter breit, somit ist ein beidseitiges Parken auf der Fahrbahn mit einer Parkplatzbreite von 2,00 Metern nicht möglich. Die Fahrbahnbreite verringert sich durch das Gehwegparken auf 2,85 bis 3 Meter. Somit sind grundsätzlich die geforderten 3,00 Meter (Feuerwehr, Müllfahrzeuge) für die Fahrbahn nicht gewährleistet. Momentan sind 63 Parkplätze im Straßenraum vorhanden.

Die Ortsbegehung hat bestätigt, dass ein erhöhtes Gefahrenpotential für die Schulkinder und andere Fußgänger auf Grund der schlechten Sichtbeziehungen besteht.

2. Neuordnung des Parkens

Bei einem einseitigen Fahrbahnparken (Südseite) und einseitig angeordnetem Gehwegparken (Nordseite) ist die Restfahrbahnbreite nicht ausreichend. Deshalb wird das Parken auf der Nordseite aus Sicherheitsgründen komplett unterbunden. Somit soll der Gehweg für Fußgänger, insbesondere für die Grundschulkinder nutzbar gemacht werden. Das Parken auf der Südseite wird auf die Fahrbahn verlegt. Somit ist auch der Gehweg auf der Südseite nutzbar. Das Parkplatzangebot wird dadurch von 63 auf 31 Parkplätze verringert. Die Sichtbeziehungen werden verbessert, indem auf der Nordseite der Landfriedstraße der komplette Gehweg einsehbar ist. Dadurch erhöht sich die Verkehrssicherheit in der Landfriedstraße. Diese Maßnahme ist mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung abgestimmt.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
		Umwelt-, stadt- und sozialverträglichen Verkehr fördern
MO1	+	Begründung: Sensibilisierung von Familien, Wege überwiegend mit Verkehrsmitteln des Umweltverbundes (Fußverkehr) zurückzulegen.
UMO8	+	Ziel/e: Umweltbewusstes Handeln und Eigeninitiative fördern
		Begründung: Förderung für Kinder, Alltagswege selbstständig zurückzulegen.
DW1	+	Ziel/e: Familienfreundlichkeit fördern
		Begründung: Die Förderung der selbstständigen Mobilität von Kindern ist ein wichtiger Bestandteil einer familienfreundlichen Stadt.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Wegfall von 32 Parkplätzen. Dadurch erhöht sich die Verkehrssicherheit für Fußgänger.

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner

Anlagen zur Drucksache:

keine